

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 56 (1962)
Heft: 6

Artikel: Eine sozialistische Demokratie
Autor: Cheddi Jagan
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-140683>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 02.02.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

daran hindern, uns ihre Meinungen darzulegen. Aber wir möchten die Leute in jedem Gebiet, wo die MRA-Agenten sich sehen lassen — zuerst entwaffnend durch ihre professionelle Freundlichkeit —, ausdrücklich warnen. Unsere Erfahrung hat uns gelehrt, daß sich bei derartigen Annäherungen im Laufe der Tage und Wochen allerlei unerfreuliche Verwicklungen ergeben. Unser Rat ist der, in der ersten Verteidigungslinie diesen Leuten gegenüber darauf zu bestehen, daß sie das in der Praxis üben, was sie als ihr oberstes Prinzip predigen:

Absolute Ehrlichkeit!

Eine sozialistische Demokratie

Britisch-Guayana, das Narchbarland Venezuelas an der Ostküste Südamerikas, soll noch in diesem Jahr seine Unabhängigkeit von europäischer Kolonialherrschaft bekommen. Die Schwierigkeit dabei ist, daß es eine frei gewählte sozialistische Regierung hat, die auf ausländische Hilfe angewiesen, aber sowohl in Großbritannien als besonders in den Vereinigten Staaten sehr schlecht angeschrieben ist. Der guayanische Ministerpräsident Dr. *Cheddi Jagan* — er ist von indischer Abstammung — bemüht sich dauernd, diese Feindseligkeit zu überwinden — bisher ohne viel Erfolg. Auf einer seiner Reisen nach Washington hat er (am 24. Oktober 1961) im dortigen Nationalen Presseklub eine Rede gehalten, die wir im folgenden wiedergeben und die eine offene Herausforderung an die Vereinigten Staaten ist, entweder ein ausgesprochen demokratisches, aber auch sozialistisches Land zu unterstützen oder sich selber als kapitalistische Scheindemokratie bloßzustellen.

Red.

*

Ich bin vor allem ein leidenschaftlicher Gegner des Kolonialismus. Wie eure Ahnen bin auch ich überzeugt, daß der Kolonialismus böse ist. Ich bin so sicher, daß er durch und durch falsch ist, daß ich jede Hilfe, woher sie auch käme, annähme, die mir in meinem Kampf gegen ihn helfen würde.

Mein Land ist ungefähr so groß wie Großbritannien oder der Staat Minnesota. Es ist ein armes Land, es besitzt jedoch beträchtliche ungenutzte Hilfsquellen und große Entwicklungsmöglichkeiten. Jetzt fristet der größere Teil der halben Million seiner Bevölkerung ein kümmerliches Dasein auf einem schmalen, tiefgelegenen Küstenstreifen Land, was einer Ausnutzung von nur 4 Prozent unserer Landfläche entspricht. Trotzdem das Land vorwiegend agrar ist, müssen wir doch viele landwirtschaftliche Produkte einführen. Doch ist das nicht der einzige Widerspruch in unserer Lage. In einem Lande, das so schwach besiedelt ist, herrscht großer Landhunger; denn es braucht große Geld-

mittel, um Land urbar zu machen und fruchtbares Land vor Überschwemmungen, vor dem Meer und dem Dschungel zu schützen, und wir sind nicht fähig gewesen, uns für diese Aufgabe genügend anzustrengen.

Industrie besteht keine. Mein Land ist abhängig von drei oder vier Haupterzeugnissen — Zucker, Bauxit, Reis und Holz —; die Ausbeutung von zwei Produkten liegt in den Händen von ausländischen Gesellschaften. Diese zwei Industrien, Zucker und Bauxit, umfassen zusammen 75 Prozent des Exportes. Britisch-Guayana stellt heute tatsächlich das typische Beispiel einer Kolonialwirtschaft dar. Es ist nicht viel mehr als eine Basis für Rohmaterial und ein Markt für industrielle Erzeugnisse, wobei der erzeugte Wohlstand notwendigerweise ins Ausland abfließt.

Wissenschaftlicher Sozialismus ist die Antwort

Ich habe mir die Aufgabe gestellt, dieses Musterbeispiel einer Kolonialwirtschaft zu ändern. Ich wünsche mein Land wohlhabend und im Aufstieg zu sehen, sein Volk glücklich, gut genährt, in gesunden Wohnungen und voll beschäftigt. Zu viele Glieder meines Volkes ermangeln noch des Notwendigsten. Nach meiner Leidenschaft für die Unabhängigkeit meines Volkes kommen meine Bemühungen um die wirtschaftliche Entwicklung, damit seine Lebensweise ein wenig erträglicher werde. In diesem Punkte bin ich Sozialist. Damit will ich sagen, daß ich dafür bin, daß die Werktätigen die Früchte ihrer Arbeit ernten sollen durch öffentliches Eigentumsrecht auf die Mittel der Produktion, der Verteilung und des Austausches. Ich glaube, daß ich nur durch Planung auf dieser Grundlage und durch eine wissenschaftliche Erfassung unserer Lage unsere Wirtschaft modernisieren und meinem Volk einen höheren Lebensstandard, den es wünscht und worauf es ein Anrecht hat, ermöglichen kann. Ideell glaube ich an die Nationalisierung aller wichtigen Produktions-, Verteilungs- und Austauschmittel. Dies würde eine gerechtere Verteilung des Wohlstandes eines Landes sichern, als irgendein anderes System dies bewirken könnte. Doch habe ich die Dinge anzusehen, wie sie wirklich sind. Während ich für uns das Recht vorbehalte — und jeder unabhängige Staat tut das —, jede Industrie zu nationalisieren, die im Interesse der Allgemeinheit zu nationalisieren wäre, haben wir ausdrücklich festgelegt, daß wir nicht die Absicht haben, die bestehenden Zucker- und Bauxitgesellschaften zu nationalisieren. Diese Gesellschaften beherrschen heute unsere Wirtschaft, doch Britisch-Guayana ist immer noch stark unterentwickelt. Wir sind entschlossen, unsere Wirtschaft abwechslungsreicher zu gestalten und sie in der Weise zu industrialisieren, daß, wenn wir neue Unternehmungen gründen, der Teil an unserem Nationaleinkommen, der durch ausländische Unternehmer erzeugt wird, kleiner und ihre gegenwärtige Beherrschung unseres

Wirtschaftslebens schwächer werde. Sollte es anderseits je nötig werden, irgendeine Industrie zu nationalisieren, würden wir in gerechter Weise eine angemessene Entschädigung entrichten.

Es mag sein, daß wir uns in der Art, wie wir unser Wirtschaftsleben organisieren, von euch unterscheiden. Euer höchster Grundsatz ist das private Unternehmen, doch laßt uns nicht vergessen, daß eure wirtschaftliche Entwicklung in einer geschichtlich vollkommen andersgearteten Epoche vor sich ging, in einer Epoche, da die Bedingungen — wirtschaftlich und technisch — nicht so waren, wie sie heute sind. Heute ist immerhin im allgemeinen anerkannt, daß in allen unterentwickelten Ländern und angesichts der zunehmenden wirtschaftlichen Erwartungen der Völker der Staat eine durchgreifendere Rolle spielen muß. Hingegen unterscheiden wir uns von euch nicht in unserer politischen Anschauung, die darin besteht, daß wir eine demokratische Lebensauffassung vertreten und erhalten wollen. Ich habe meinen Platz im politischen Leben meines Landes in drei aufeinanderfolgenden allgemeinen Wahlen erworben. Ich bin nicht durch Revolution oder Staatsstreich zur Macht gelangt. Ich glaube an die parlamentarischen Parteien, an die Redefreiheit, an die Glaubensfreiheit; ich stehe ein für regelmäßige und ehrliche Wahlen und für eine unparteiische Gerichtsbarkeit und eine unabhängige Beamtenschaft. Ich bin angeklagt worden, die Zerstörung der Freiheit meines Landes anzustreben. Die Wahrheit ist, daß diejenigen, die mich dessen anklagen, selber verantwortlich sind für die Verleugnung der Freiheit für die breiten Massen unseres Landes. Ich habe gekämpft für die Freiheit dieser Massen und ich war es, der als erster ein Gesetz (Bill of Rights) vorgeschlagen hat, das jedem Bürger die grundlegenden Menschenrechte garantiert und das Recht, Eigentum zu besitzen, gesichert durch das Recht der Appellation an den Gerichtshof, einschließt; dieses Recht wird in der neuen Verfassung von Britisch-Guayana verankert sein. Ich war es, der darauf achtete, daß diese Vorkehrungen, welche für unsere Region einzig dastehen und welche nicht Teil der britischen parlamentarischen Tradition sind, jedoch auf eure eigene Verfassung sich gründen, in unsere neue Verfassung von Britisch-Guayana aufgenommen werden. Es ist meine Absicht, daß die gleichen Rechte in ähnlicher Weise in die Verfassung eines unabhängigen Guayana eingebaut werden.

Beschäftigung und Hilfe tun not

Um das Programm der sozialen und wirtschaftlichen Reform, das ich mir für mein Land vorstelle, durchführen zu können, benötige ich sowohl Beschäftigung wie Hilfe. Ich habe bereits die Beschäftigung durch eine großangelegte Industrialisierung ins Auge gefaßt, wenn eine Verbesserung des Lebensstandards des guayanischen Volkes erreicht werden soll. Denn angesichts der Kleinheit der Einwohnerzahl und des Binnenmarktes muß ein Industrialisierungsprogramm an die be-

stehenden Exportmärkte anknüpfen und vorsorglich erforscht und gesichert werden. Es ist für uns selbstverständlich, Handelsabkommen entweder mit Regierungen oder privaten Vertretungen, wo immer wir Absatzmärkte finden können, abzuschließen.

Zum Schluß möchte ich kurz auf den Platz hinweisen, den wir in der Welt einzunehmen hoffen, wenn unsere Unabhängigkeit in Bälde erreicht sein wird. Ich beabsichtige, eine Politik der aktiven Neutralität zu verfolgen. Denn angesichts des Übermaßes der Probleme bin ich gezwungen, gleich Indien und einigen anderen unterentwickelten Ländern Hilfe aus allen möglichen Quellen zu schöpfen. Ich habe gleichwohl kein Geheimnis daraus gemacht, daß ich keinerlei Hilfe annehmen will zu Bedingungen, welche die Souveränität meines Volkes einschränken würden. Wir haben nicht im Sinn, Brückenkopf oder Basis für irgendwen zu sein. Ich kümmere mich einzig und allein um die dringenden Probleme der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung meines Landes. Ich bin nicht am Kalten Krieg interessiert, in welchem mein kleines Land in keinerlei Weise eine wirkliche Rolle spielen kann; sensationslüsterne Schlagzeilenschreiber verlieren manchmal den Sinn für Proportionen, wenn sie das vergessen.

Prüfstein für die Grundsätze der Menschenrechte

In einer Rede, die Prof. Rostow kürzlich hielt, umschrieb er die Politik Amerikas wie folgt:

«Es ist nötig, daß wir uns mit dem Plan befassen, der dem revolutionären Prozeß der Entwicklung erlaubt, fortzuschreiten, unabhängig vom Grad zunehmender menschlicher Freiheit. Wir trachten nach zwei Resultaten: erstens, daß wirklich unabhängige Nationen auf der Bühne der Weltereignisse hervortreten sollen; zweitens, daß jeder Nation erlaubt werden soll, abgesehen von ihrer eigenen Kultur und ihren eigenen Bestrebungen, die Art einer modernen Gesellschaftsordnung zu wählen, die sie will.»

Das ist auch mein Bestreben für mein Land.

In gewissem Sinne bildet unser Besuch, unser Hilfesuch, in eurem Lande einen Prüfstein für die Grundsätze der Menschenrechte, die ihr vertretet. Die Regierung der USA hat klar festgelegt, daß es ihr Anliegen ist, die Demokratie zu fördern und zu erhalten; daß die inneren Angelegenheiten demokratischer Staaten deren eigenes Anliegen sind. Was geschieht nun, wenn ein Volk durch einen unanfechtbaren Volksentscheid für ein sozialistisches Wirtschaftssystem stimmt? Werden die USA diesen Entscheid achten? Werden sie Hilfe und Beitrag leisten, um diese Demokratie zu halten? Oder werden sie diese Hilfe vorenthalten angesichts des wirklichen Risikos, daß die Demokratie gestürzt wird durch einen diktatorischen, auf die Armut des Volkes sich stützenden Aufstand? Wird die Regierung der USA dem Drucke von Gruppen, die im Innern Amerikas wie im Innern aller

Staaten existieren, nachgeben und so handeln, daß der Kapitalismus erhalten bleibt, und die Demokratie, die sie schon seit langem verfochten hat, opfern? Es fehlt sogar in diesem Lande nicht an Schriftstellern, Denkern, Studenten, die behaupten, daß, wenn die Regierung der USA das Wort «Demokratie» brauche, sie in Wirklichkeit Kapitalismus meine. Wenn diese Leute recht haben, dann können wir keine Hilfe erwarten, denn weil wir zugeständenermaßen eine echte Demokratie sind, sind wir zugeständenermaßen auch sozialistisch.

Früher oder später muß diese Frage offen ins Auge gefaßt und durch eure Regierung geklärt werden. Die Geschichte hat mein eigenes kleines Land dazu ausgewählt, Brennpunkt dieses Problems zu sein. Der Entscheid muß jetzt fallen, und zwar augenfällig fallen. In der Tat, meine Herren, nicht *unsere Auffassung* von Demokratie ist heute auf die Probe gestellt, sondern die eurige.

Selbstbestimmung für die Papuas?

Nachdem die niederländische Regierung vergebens versucht hat, die Welt von der Tatsache zu überzeugen, daß ihr Land darauf angewiesen sei, in *Neuguinea* zu siedeln und die Papua-Bevölkerung in seine Hut zu nehmen, hat sie eine andere Lösung gefunden. Jetzt heißt es, daß diese Volksstämme auf gut demokratische Weise *selbst* entscheiden sollen, was ihre Zukunft sein wird.

Diese Lösung war vor allem ein Fund unseres zu der Katholischen Partei gehörenden Außenministers J. M. Luns, desselben Staatsmannes, der damals in der UNO unsere blutigen militärischen Aktionen gegen Indonesien mit dem Argument verteidigt hat, daß es sich hier um eine rein innenpolitische Angelegenheit handle, demselben Argument also, das jetzt in bezug auf Angola durch Portugal hervorgehoben wird.

Von den Engländern ist oft gesagt worden, daß sie die gewissenloseste Politik nur dann angewendet hätten, wenn sie zuerst sich selbst überredet hätten, daß sie hohen ethischen Idealen nachstreben. Denselben Weg scheint jetzt auch die niederländische Regierung gewählt zu haben. Als wir aus unserem früheren Kolonialgebiet Indonesien verjagt wurden, haben wir gleichwohl einen Rest davon, beinahe so groß wie halb Europa, behalten, nicht — so heißt es — aus selbstsüchtigen Motiven, nicht um die potentiellen Bodenreichtümer Irians an uns zu reißen, wie wir es jahrhundertlang auf den andern Inseln taten, sondern weil die Zukunft der Papua-Bevölkerung uns Sorgen mache, eine Zukunft, welche wir in den Händen Indonesiens nicht für gesichert erklärten. Dieses Märchen wurde nach und nach glaubwürdiger, weil der vermeintliche Reichtum der Bodenschätze Irians den Erwartungen nicht entsprochen hat und wir noch viele Jahre nicht auf unsere Kosten kommen würden.